

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 100.- M., Durch Abnehmer 500.- M., pro Woche durch die Post 40.- M., pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrags von 250.- M. an die Produktions-Gewerkschaft, Redaktionspreisliste: 5.- M. pro Jahr, Postabrechnung Nr. 21050, - Fernsprech-Anschluß, Ring 8837.

Dienstag, 27. Februar 1923.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 50.- M., Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsangelegenheiten, 15.- M., Kleine Anzeigen per Wort 3.- M., fett gedruckt 4.50 M., K. u. F. a. n. g.: Die Millimeterzeile 8 gespaltene über deren Raum im Zeit 150.- M.

Wachtung! Die Lebensmittel werden verschoben!

Arbeiter! Arbeiterfrauen! Beamte! Angestellte!

In den letzten Wochen ist der Preis des Dollars von über 50 000 auf etwa 25 000 zurückgegangen, also auf die Hälfte seines höchsten Standes gesunken. Die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel (Kleidung, Schuhwerk usw.) sind aber bisher überhaupt nicht oder in nicht genügendem Maße herabgesetzt worden, teilweise sind sie sogar andauernd weiter gestiegen. Selbst der preussische Handelsminister sah sich veranlaßt, folgendes zu erklären:

„Es hat sich gezeigt, daß die erfreuliche Besserung, welche der Stand der Mark in der letzten Zeit erfahren hat, in den Warenpreisen vielfach noch keinen oder nur einen ungenügenden Ausdruck gefunden hat. Jedenfalls muß festgestellt werden, daß die Anpassung an die Marktlage sich beim Sinken der Mark ungleich schneller und in erheblich stärkerem Maße zu vollziehen pflegt, als es sich bei der umgekehrten Entwicklung jetzt zeigt.“

Der Preis der Milch wurde in vielen Orten in diesen Tagen nicht herabgesetzt, sondern erhöht. Der Brotpreis ist in den meisten Orten überhaupt nicht oder nur in lächerlich geringer Weise herabgesetzt worden.

Der Dollar ist gefallen, die Preise wichtiger Lebensmittel jedoch überhaupt noch nicht.

Die deutschen Kapitalisten, die jetzt so viel von der Rettung der Nation reden, handeln nach dem Grundsatz: Der Arbeiter kann zahlen und Not leiden, wir aber müssen das Geschäft machen!

Das Treiben des deutschen Wucherers unterstützt den französischen Imperialismus, schwächt den revolutionären Kampf gegen Poincaré. Die Arbeiter können und wollen bei dem Kampfe mit dem französischen Imperialismus nicht die Opfer des sich frech mästen deutschen Kapitalismus sein.

Die Geschäftsleute fangen jetzt sogar an, ihre Waren zu verstecken!

Sie halten ihre Waren zurück, um sie bei der nächsten Teuerungswelle, die schon bereits wieder heraufrollt, zu noch erheblich gesteigerten Preisen verkaufen zu können.

Arbeiterfrauen! Arbeiter! Laßt es nicht geschehen, daß die Kapitalisten in dieser erusten Zeit noch unverschämter wuchern und schieben als vorher! Es wird die höchste Zeit, daß ihr eingreift. Sonst kommt euch die neue Teuerungswelle wieder über den Kopf.

Betriebsräte und Kontrollausschüsse!

Die Behörden versagen wie immer vollkommen. Organisiert deshalb sofort die Selbsthilfe der Arbeiter-schaft gegen Wucher und Lebensmittelschieberei. Eure Aufgabe ist das.

Leitet sofort Aktionen ein, um eine starke Herabsetzung der Preise zu erzwingen und die Zurückhaltung von Lebensmitteln zu verhindern.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte

N. N. S. Große

Fort mit dem Wucher!

Was muß sofort geschehen?

Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtages hat nachstehenden Antrag zur Behebung der wuchernden Not eingebracht.

Die Mehrheit des Landtages, einschließlich der SPD, hat ihn abgelehnt, ja es kam sogar zu tätlichen Angriffen der SPD-Abgeordneten auf unier Genossen.

Forderungen zum Schutze der Vermögen der Armen erregen den Jörn der SPD-Vertrauensmänner. Wer Jörderl wird verprügelt. Das scheint der Ebertiner Rolle zu sein. Soziale Forderungen betrachten diese Schrittmacher des Schwertkapitals als Provokationen. Dagegen will man sich, wie der jamose Herr Heilmann im Preussischen Landtag drohte, durch Prügel und Kadavertaktionen schützen. Was der Sozialdemokraten Wutausbrüche angereizt hat, ist hier in den Hauptpunkten mitgeteilt.

1. Der Steuerabzug bei Lohn- und Gehaltsempfängern wird sofort eingestellt.

2. Die in den Produktions- und Handelsstätten vorhandenen Vorräte an lebenswichtigen Bedarfsmitteln sind zu beschlagnahmen und unter die Verwaltung der Konsumentenorganisationen und der kommunalen Einrichtungen zu stellen, die die Vorräte an die werktätige Bevölkerung ohne jeden Zwischengewinn nach Maßgabe des Bedürfnisses zur Ausgabe bringen.

3. Groß- und Mittelbetriebe sowie für alle Unternehmungen zur Herstellung lebenswichtiger Bedarfsüter sind Produktionsüberwachung und Ablieferungsfrist gesetzlich vorzuschreiben. Im Bedarfsfalle ist einschärfendungslos zu erzwingen: für Lebensmittelherzeugung, -verarbeitung und -transport strengste hygienische Vorschriften zu erlassen und in Anwendung zu bringen.

4. Die Erwerbslosen, Sozialrentner, Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung und die notleidenden Kriegsofizer erhalten auf Staatskosten laufend: 4 Brot, einen halben Zentner Kartoffeln, 4 Pfd. Schmalz, 1 Kilogramm Fleisch pro Kopf der unterstützungsbedürftigen Personen pro Monat. Ferner wird für jeden Haushalt dieser Notleidenden gewährt: 5 Zentner Kohlen, 1 Zentner Brennholz pro Monat, wogegen die Schmelzleistung ist allgemein einzuführen. Kosten dürfen nur denjenigen Staatsbürgern auferlegt werden, deren Einkommen das Existenzminimum übersteigt.

5. Die zur Erfüllung der Forderungen notwendigen Mittel sind ausschließlich durch Befassung des Besitzes (Sachwertversteigerung, Pfandkredite) zu beschaffen.

6. Die Überwachung und Durchführung der vorstehenden Maßnahmen ist proletarischen Kontrollausschüssen zu übertragen.

tragen. Diese erhalten alle dazu erforderlichen Vollmachten, insbesondere werden sie mit dem Recht ausgestattet:

- a) in jedem privaten Betrieb und seine Buchführung jeden gewöhnlichen Einblick zu nehmen;
 - b) Beschlagnahmen im Interesse der werktätigen Bevölkerung zu bewirken;
 - c) im Falle von Verstößen der Unternehmer oder ihrer Vertreter gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung (Produktionsabschaltung, Warenverschöbung - oder Veräufschung, Überteuerung usw.) selbständig Anordnungen für den Betrieb oder Betrieb zu erlassen, Strafen zu verhängen, gegebenenfalls auch zu entzigen;
 - d) die Kontrollausschüsse erhalten ferner das Recht, selbstständig die Verletzung der Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung durch die Unternehmer oder ihre Stellvertreter durch öffentliche Klage vor besonderen, aus den Reihen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schaft sowie der Kleinbauern zu bildenden Wucherrichtern zu verfolgen;
- Es stehen ihnen alle Rechte und Rechtsmittel zu, die nach der Strafprozessordnung der Staatsanwaltschaft gegeben sind;
- e) Den Kontrollausschüssen wird sowohl die Außenhandelskontrolle als auch die Kontrolle des Verkehrs mit Deutschen übertragen.

An allen Orten sind bewaffnete Arbeiterwachen zu bilden. Die reaktionären Offiziere der Reichswahr und Schutz sind sofort zu entlassen und durch Führer zu ersetzen, die von den Mannschaften gewählt werden.

Ein Marktbrot 2000 Mark.

Der Brot-Wucher.

Die Reichstagskommission zur Festsetzung des Getreidemilagerpreises verdreifachte den Preis für das 4. und 5. Geschäft der Getreidemilager; von 165 000 Mark für die Tonne auf 600 000 Mark für die Tonne Roggen. Die amtliche Korrespondenz fügt entschuldigend hinzu, die Produktionskosten der Landwirtschaft betragen heute noch mehr und im freien Handel koste sie etwa 950 000 M. Das ist eine unverschämte Beschönigung des Wuchers. Auf der Münchener Produktionsbörse kostete am 21. Februar eine Tonne Roggen 450 000 Mark und darin ist noch Aufkaufvergütung, Umsatzsteuer, Bankprovision und Zinsen, Lagerhauskosten, Fuhrlohn, Zwischenfracht, Gewichtsverluste usw., sowie der Profit des Zwischenhändlers eingeschlossen! Dem Umlagepreis haben die „Verbrauchervertreter“ d. h. die SPD-Leute zugestimmt. Das Brot muß sich nach diesem Umlagepreis nunmehr bald im Preis verdreifachen!!

Um was geht es bei den Betriebsratswahlen?

L. K. In diesen Tagen werden überall in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Listen für die bevorstehenden Betriebsratswahlen aufgestellt. Die Gewerkschaftsbürokratie, der alles daran gelegen ist, die Betriebsräte als ein Werkzeug ihrer Politik fest in der Hand zu haben, glaubt auf Grund des in Leipzig angenommenen Antrages Brey die Sicherungen geschaffen zu haben, um die Aufstellung der Listen entscheidend zu beeinflussen. Sie hofft, daß es ihr gelingt, ihren ganzen Apparat dertart spielen zu lassen, daß die Betriebsräte im ganzen Reich Helfershelfer werden, um die Opposition gegen die Haltung des ADGB niederzuhalten. Daß die Leitung des ADGB bereits im Juni v. Js. sich mit diesem Problem beschäftigte, und daß sie die Mehrheit, die sie auf dem Gewerkschaftskongreß besaß, dazu benützte, um sich in aller Form als Leiterin der Betriebsratswahlen aufzuspielen, beweist einen verdächtigen Eifer; es beweist, daß sie in den Betriebsräten bisher die stärksten Kritiker an ihrem Verhalten fand, daß sie in ihnen die stärkste Macht sieht, die ihrem Treiben Einhalt gebieten kann.

Seither haben wir den Reichsbetriebsratkongreß erlebt. Wir haben erlebt, daß in allen Teilen des Reiches vorbereitende Tagungen stattfanden, auf denen Stellung genommen wurde zum Komplex der Aufgaben, die sich der Reichsbetriebsratkongreß gestellt hatte. Und dieser zentrale Kongreß und die Bezirkskongresse, die ihm vorausgingen, kamen zustande unter dem schärfsten Protest des ADGB. Trotz der Androhung von Massenausschlüssen aus den Gewerkschaften ließ sich die Arbeiter-schaft in ungezählten Betrieben nicht davon abhalten, ihre Vertrauensleute zu dem Kongreß zu entsenden; unter den Gewählten befand sich eine stattliche Anzahl von SPD-Genossen; die Finanzierung des Reichsbetriebsratkongresses erfolgte auf dem Weg von freiwilligen Sammlungen in den Betrieben.

Das Nachspiel des Reichsbetriebsratkongresses war der Streit von Ludwigshafen, wo sich 30 000 Arbeiter mit den gemäßigten Teilnehmern des Reichsbetriebs-ratinteressen, die erschreckendste Besiegelung der Einheits-Arbeiter-schaft der ganzen Welt ein herrliches Beispiel aktiver Solidarität gab. Allerdings bedeutet Ludwigshafen zugleich die tiefste Erniedrigung der deutschen Gewerkschaftsbürokratie, den schamlosesten Verrat an Arbeiterinteressen, die erschreckendste Besiegelung der Einheitsfront zwischen Unternehmertum und ADGB. Trotz alledem aber wagten die Gewerkschaftsgewaltigen nicht, ihre Drohung wahrzumachen und bis auf vereinzelte Fälle im Bauarbeiterverband und im DEB haben die Gewerkschaftsgewaltigen von Maßregelungen der Teilnehmer des RBR ab.

Was bedeutet das? Das bedeutet ganz dasselbe, was die schwankende Haltung des schlauesten Gewerkschaftsstrategen, Robert Dijnmann, in der Frage des Reichsbetriebsratkongresses bedeutet, nämlich, daß die gesamte Taktik des ADGB zuletzt doch abhängig von der Stärke des Massenwillens, der ihr gegenübersteht und daß das freie Spiel mit den Lebensinteressen der deutschen Arbeiter-schaft nur solange fortgesetzt werden kann, bis es an einer machtvollen Massenbewegung sein Damastus findet.

Und angesichts dieser Tatsachen glaubt der ADGB, durch formale Bedingungen verhindern zu können, daß die deutsche Arbeiter-schaft diejenigen als Kandidaten zur Betriebsratswahl aufstellt, die die ernsthafteste Gewähr dafür bieten, daß sie dem Unternehmertum gegenüber fest bleiben und daß sie die zähesten Verfechter der Arbeiterinteressen sind. Der Reichsbetriebsratkongreß hat gezeigt, daß in breiten Teilen der Betriebsräte das Bewußtsein noch wach ist, daß sie einen letzten Posten der Revolutionserringenschaften darstellen, daß sie Träger des proletarischen Befreiungswillens sind. Der Reichsbetriebsratkongreß hat aber ferner eine ganze Reihe von konkreten Aufgaben aufgezeigt, zu deren Lösung die Mitwirkung der Betriebsräte dringend erforderlich ist. Die Sachwert-erfassung, die Produktionskontrolle, die Einflussnahme auf die Preisbildung - sie können nur zur Tatfache werden unter lebendiger Mitwirkung der Betriebsräte und der ihnen eng verbundenen Kontrollausschüsse. Alle diese Aufgaben sind durch den Reichsbetriebsratkongreß erst vorgezeichnet worden, die seither rajend fortgeschrittenen Teuerung hat ihre Erfüllung nur umso dringlicher ge-

Im Zeichen der „nationalen Einheitsfront“

Neuerlicher Steuerbetrug der Unternehmer — Milliardenbrott an der Lohnsteuer.

Breslau, den 26. Februar.

Seitdem die Bürokraten der SPD. des N.D.G.B. und der Ufa sich prätendieren für die bürgerliche Republik einzugehen, seitdem sie gegen den Willen des Proletariats mit Maschinengewehren und Handgranaten den Wiederaufbau des Kapitalismus übernommen haben, seitdem sie in „Bürgerfrieden“, „Wirtschaftsfrieden“, „Arbeitsgemeinschaft“, „Erfüllungspolitik“ und „nationaler Einheitsfront“ machen, plündern die Kapitalisten, also die Großwucherer, das Proletariat schamlos aus dem J.

Die Preise sind stets dem Dollarstand voraus, sind regelrechte Wucherpreise während die Löhne wahr Hungerlöhne geblieben sind. Die „demokratische Verteilung der Steuern“ wird so vorgenommen, daß im Dezember 84% der direkten Steuern von den Proleten aufgebracht werden. Dabei selbst hat es in einer Mitgliederversammlung der SPD. Ortsgruppe Breslau eingestanden.

Nicht genug damit, daß dem Proleten alle Steuerlasten aufgebürdet werden, machen die Kapitalisten mit den einflussreichen Steuerabzügen glänzende Geschäfte. Die den Arbeitern wöchentlich, den Angestellten monatlich abgezogenen Steuerbeträge werden erst nach einem Vierteljahr der Steuerbehörde überwiesen. In der Zwischenzeit können die Unternehmer mit diesen Beträgen Geschäfte und Spekulationen machen, um schließlich mit entwerteter Mark den Finanzämtern die Steuerbeträge abzuliefern. Aber den Kapitalisten ist das Geschäft noch zu gering. Wir sind in der Lage, folgendes Rundschreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu veröffentlichen:

Abteilung Nr. 25. Krefeld, 5. Februar 1932.

Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Betrifft: Einkommensteuer vom Arbeitslohn.

Auf Grund unserer Bemühungen hat das Reichsfinanzministerium die Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über das Arbeitslohnsteuerverfahren eines teilweisen Reuissans unterzogen. Wir weisen darauf hin, daß der Gesetz vom 22. März 1922 (M. E. 3234), der den Arbeitgebern die Vergünstigung des vierjährigen Kredits von Steuern mit der Verpflichtung zur Verzinsung der verspätet zum Markenaufwand verwendeten Beträge zubilligte, mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab aufgehoben worden ist. In Stelle dessen werden die Finanzämter ermächtigt, größeren, genügenden Sicherheit bietenden Arbeitgebern, die eine übersichtliche Lohnberechnung haben,

statt der vierteljährlichen

Fort mit Seel!

In der Reichstags-Sitzung vom 23. Februar rechnete Genosse Paul Fröhlich mit allem Scherz ab, die die Beziehungen der Reichswehr zur Orgel und uniere Entschuldigungen leugneten. Im Anschluß daran brachte die Kommunistische Fraktion nachstehenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag sieht in dem Ausbau der antirepublikanischen Orgelverbände, die ihre Bewaffnung aus Heroldsbüchern bei der vollständigen Ausschließung eines Revolutionskrieges praktisch die Vorbereitung des Bürgerkrieges gegen die Arbeiterklasse.

Der Reichstag fordert die sofortige Entlassung des Generals von Seel, der Erziehung der Anklage gegen ihn vor dem Staatsgerichtshof und die Absetzung des Reichswehrministeriums und der übrigen Verwaltungsbehörden von allen Offizieren und Beamten, die an der Organisation der gegenrevolutionären Kräfte mitgearbeitet haben. Zur Unterbrechung der Verbindung zwischen Reichswehr und den bewaffneten Verbänden ist ein Ausschuss aus Vertretern der Arbeiterorganisationen einzusetzen.

Da der Staatsgerichtshof sich als unfähig erwiesen hat, die Republik vor den Kampf- und Mordorganisationen der Reaktion zu schützen, fordert der Reichstag die Reorganisation dieses Gerichtshofes und die Ersetzung der Richter durch Vertreter der Arbeiterschaft. Weiter fordert der Reichstag das Verbot, die Entwaffnung und die eiszugige Unterbrechung aller gegenrevolutionären Organisationen und die Errichtung von Arbeiterwehren.

Berlin, den 23. Februar 1932.

Kommunistische Fraktion.

Der neue Konflikt zwischen Polen und Litauen.

In Osteuropa ist ein neuer Herd irrazioneller Gefahren entstanden. Die Litauer haben durch die Entente Memel zugesprochen erhalten. Die Polen entschädigten sich dadurch, daß sie die sogenannte neutrale Zone bei Wilna besetzten. Bei der litauischen Gesandtschaft in Paris ist folgendes offizielle Telegramm ihrer Regierung eingegangen:

„Reguläre polnische Truppen aller Waffengattungen haben nach Besetzung der neutralen Zone in der Gegend von Oran einen Vorstoß auf litauisches Gebiet gemacht und die litauischen Truppen angegriffen. Man zählt bereits Tausende von Toten und Hunderte von Verwundeten. Die litauische Regierung hat an den Völkerbund ein Telegramm gerichtet, das die Tatsachen ausmündert und den Völkerbund auffordert, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit eine Ausdehnung des Konfliktes vermieden wird.“

Zu Warschau stellt man die Dinge so dar, als ob die Litauer die Angreifer wären. Polen organisiert einen sogenannten Selbstschutz, um litauische Grenzangriffe abzuwehren. Die polnische Regierung behauptet, sie habe nur diejenigen Bezirke der Gegend von Wilna besetzt, die

die halbjährliche Aufstellung und Einrechnung der Ueberweisungsbücher, Nachweisungen und Zusammenstellungen zu gestalten. Wenn auch die Grenze von 1000 Arbeitnehmern vorzusehen ist, von welcher ab die jährliche Abrechnung zugelassen werden kann, so können doch die Finanzämter von sich aus diese

Vergünstigung

auch kleineren Betrieben zubilligen. Um die Arbeitgeber künftig von den großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung und Verflechtung der Steuermarken und des großen Risikos, mit dem das Markenleben verknüpft ist, wirksam zu entlasten, empfehlen wir, die den Handelskammern und Verbänden angeschlossenen Arbeitgeber mit größeren Betrieben in ihren Bezirken umgehend auf diese Vergünstigung hinzuweisen.

Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen haben wir eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, wonach den Arbeitgebern die das Verfahren der Barabführung für den Steuerabzug übernommen haben, eine

Entschädigung

durch die Reichskasse gewährt wird. Auf ein Jahr, also wollen die Unternehmer die Steuerbeträge als Betriebskapital jenseits geborgt erhalten. Sie verlangen das Geschäft des Steuerabzuges verlängert und legalisiert durch eine Entschädigung bei Barabführung der Steuerbeträge.

Außerdem verdienen sie Tausende und Abertausende von Prozenten durch die Markenerwertung. (Die jährliche „Stabilisierung“ ist nur ein Zwischenspiel eines unerbörten Marksturzdramas.) So wird die Unternehmerklasse Lohnsteuern, die sie bei einem Dollarstand von 20.000 hätte abführen sollen, bei einem Dollarstand, der sich ein Vielfaches betragen wird, an die Staatskassen „abführen“.

Die Regierung Cuno will unter dem Mantel der „Einheitsfront“, die auch von den sozialpatriotischen Führern gepredigt wird, die arbeitenden Massen langsam bis aufs Hemd ausplündern. Und dieses Ziel wird sie erreichen, wenn die Arbeiterschaft sich nicht rechtzeitig ermannt, Cuno mit seiner Kapitalistenclique zum Teufel jagt und eine Arbeiterregierung schafft, die der bürgerlichen Steuerlasten ein für allemal ein Ende bereitet.

Die Arbeiterregierung wird dann geschaffen, wenn die Proleten in den Betrieben und Gewerkschaften geschlossen aufmarschieren, sich nicht nur klipp und klar für den Sturz der Cuno-Regierung und für die Bildung einer Arbeiterregierung aussprechen, sondern auch mit starker Hand oder mit bewaffneten Fäusten jene beiseite schieben, die sie daran hindern wollen.

macht, sie erhebt es, daß bei den Betriebsratwahlen solche Kandidaten aufgestellt werden, die bereit sind, den Kampf gegen Glend und Not mit aller Energie zu führen, und daß ferner auch eine entsprechende Zahl Klassenbewußter Frauen zu Betriebsräten gewählt wird. Seit dem Reichsbetriebsratkongress hat sich aber nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Lage außerordentlich verschärft. Wir stehen außerpolitisch unter dem Zeichen der Ruhrbesetzung, innerpolitisch unter dem der zunehmenden faschistischen Gefahr. Beide Ereignisse erfordern die gespannteste Aktivität der Gesamtarbeiterschaft und vor allem ihrer beruflichen Vertreter der Betriebsräte. Die letzten Wochen haben unter den Betriebsräten des Ruhrgebietes eine Abwehrbewegung gegen die nationalistische Verheerung gezelligt, der auch die Gewerkschaften Vorstoß leisten. Das Verhalten der Betriebsräte wird ausschlaggebend dafür sein, daß es gelingt, statt der Front gegen den französischen Kapitalismus alle Front gegen den deutschen und den französischen Kapitalismus aufzurichten und aus der tiefsten Verwirrung, die die Frucht des Nachkriegs-Imperialismus ist, zur proletarischen Befreiung nach dem Beispiel Sowjetlands vorzudringen. Die Betriebsräte werden aber auch entscheidend mitwirken müssen, um gegen die faschistischen Arbeitermörder das Millionenheer in den Betrieben mit den nötigen Waffen auszurüsten.

Gleichzeitig hat in Sachsen die Arbeiterschaft an die Betriebsräte appelliert, damit sie dafür sorgen, daß die neue Regierung nicht wiederum zu einem Korporaten der Cuno-Regierung, sondern zu einer wirklichen Arbeiterregierung werde. In Sachsen und im Rheinland sind Bezirksbetriebsrat-Kongresse in Vorbereitung. In solch bewegter Zeit kann man weniger als je Massenbewegungen durch papierene Erlasse lenken. Auch die viel erfahrenen Gewerkschaftsstrategen werden das nicht können. Die Entscheidung darüber, wer ihres Vertrauens würdig ist, wer ein unerlöschener Verteidiger der proletarischen Interessen ist, wer die nötige Schärfe besitzt, um in der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation, in der wir stehen, die deutsche Arbeiterschaft zu vertreten, hat letzten Endes die Arbeiterschaft selbst. Es ist durchaus nicht gelagt, daß in allen Fällen das Parteibuch Ausschluß darüber gibt, wo die zuverlässigsten, proletarischen Kämpfer und Kämpferinnen liegen. Die Arbeiterschaft in den Betrieben aber kennt ihre Kameraden, sie weiß, wer den Aufgaben, die heute an sie gestellt sind, am besten gewachsen ist.

Heraus mit diesen besten Kämpfern, auf — die Betriebsratslisten!

Sozialdemokraten in der faschistischen Einheitsfront.

Am 20. d. Mts. veranstaltete der „Brandenburgische Landbund“ in Berlin seinen Märkischen Bauerntag. Bekanntlich ist in jeder Nummer des Organs dieser Organisation nach Beendigung des Reichstags, nach einem deutschen Mussolini gerufen wird, dann wird klar, daß es sich hier um eine ausgeprägte Faschistenorganisation handelt. Dies wird unterrichtet durch die Ausführungen der einzelnen Redner auf dem Märkischen Bauerntag. Unter anderem sprach der bekannte Dr. Stadler, der hier 3. In die Aufgabe gestellt hat, in Thüringen Hitlergardien zu organisieren.

Der sozialdemokratische Volkspräsident Berlins hat sich nicht bemüht, gegen diese Faschistenparade einzuschreiten. Im Gegenteil, er hat mit einem Trupp Sied zu ihrem Schutze auf. Das Ministerium des sozialdemokratischen Ministers Severing besetzte sich, einen Vertreter hinzuziehen, ebenso waren verhängende Reichsministerien vertreten. Wenn Sonntag und Richter in der Einheitsfront der Faschisten marschieren, dann dürfen selbstverständlich auch die Amsterdamer Gewerkschaftsführer nicht fehlen! Als Vertreter des Bergarbeiterverbandes schämte sich der in Übersee lebende latjaner bekannte Heinrich Köster nicht, dem nationalfaschistischen General im Auftrag des Vorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands den warmen Dank zu überbringen.

In es nicht ein Hohn, im Namen der Ausgebeuteten, ausgebeuteten Arbeiter den Wucherern, den Ausbeutern, jenen, die Schuld sind am Tod Hunderttausender an Unterernährung zu Grunde gegangener Arbeiterkinder, jenen, die durch ihre verbrecherische Politik sich mit schuldhaft gemacht haben an der Verheerung des Ruhrgebietes durch Bombarde, jenen, die das Ruhrgebiet auszunutzen zu unheilvollen Preissteigerungen, jenen zu danken, anstatt sie niederzukämpfen?

Angehts dieser Schande, die die Amsterdamer damit der deutschen Arbeiterklasse zufügen, konnte der Rittersgutsbesitzer d. Ragner, derjenige, der anhaft 2000 Zentner Umlagegetreide, nur 240 Zentner abließerte, ausrufen:

„Wenns ums Vaterland (um den Geldsack d. Reichs) gehen wir zusammen! Und das sei auch ein drohendes Zeichen und ein Merkmal für die ganz Welt: Deutschland, die organisierte Landwirtschaft mit der organisierten Arbeiterschaft, steht im harten Kampf. Es ist Sache der Arbeiterschaft Überdiesens, diesen Verräter den Kapitalisten als Funktionär zur Verfügung zu stellen.“

Kapitalistisch-sozialpatriotische Wiederanbauernfolge!

Aus Berlin wird gemeldet, daß am 22.2. in Lichterfelde die 67 Jahre alte Arztin Dr. Hoffmann und ihre 34-jährige Tochter Wally völlig entkräftet in ihrer Wohnung aufgefunden worden sind. Ein Arzt stellte fest, daß sie im höchsten Grade unternährt und dem Hungertode nahe sind. Zwischenmitten in Frau Hoffmann bereits gestorben.

Dieses gräßliche Bild des sozialen Elends liefert die Illustration zu den Phrasen der Sozialpatrioten von den „sozialen Erzeugnissen“ Deutschlands, der „reichen, glücklichen Republik der Welt“.

der Völkerbund Polen zugesprochen habe. Dabei hätten litauische Banden Widerstand geleistet, und so sei es zu Blutvergießen gekommen.

Soviel ist klar: daß die polnische Jagd wie die litauische Boulogne zur Zeit abenteuerlustig sind. Den Litauern ist der Erfolg in Memel in den Kopf gestiegen. Die Entente hat in der Memelfrage endgültig vor den litauischen Banden kapituliert. Der litauische Bandenführer Budrys hat offiziell die Regierung in Memel übernommen. Die Polen, die sich selbst Hoffnung auf Memel gemacht hatten, antworten mit Vorstoßen in das litauische Stammesgebiet.

Es ist durchaus möglich, daß zu dem Ruhrkonflikt und der Orientkrise noch im Osten ein polnisch-litauischer Krieg ausbricht. In diesem Fall kann auch Sowjetrußland nicht passiv bleiben. Es kann nicht zulassen, daß Polen durch Vernichtung des litauischen Staats sich vollkommenen Rüdennfreiheit für ein neues Abenteuer gegen Rußland schafft. Europa brennt an allen Enden, aber die Amsterdamer Internationale setzt ihren Winterschlaf fort.

Kurze Meldungen.

Am Sonntagabend abend kam es in Hindenburg zu blutigen Märschen, die von den Hitlergardien provoziert wurden. Obwohl die Polizei die bewaffneten Fackelmärsche verboten hatte, wurde er abgehalten. Als die Schutzpolizei angriff, rief sie auf bewaffneten Widerstand. Auf beiden Seiten gab es Verluste. Die gesamte Arbeiterschaft Ober-Schlesiens muß aufmarschieren, um diese Banden zu entwaffnen und unschädlich zu machen.

Severing gab zu, daß die „verbottenen“ und „aufgelösten“ Orgelformationen noch existieren und mit dem Reichswehrministerium Verträge abgeschlossen haben, nach denen sie erst am 31. März aufgelöst werden sollen.

Die Besatzungsbesatzung der Zeche Joachim (Rheinland) hatte am 22. Februar einstimmig den Beschluß, angesichts der überhand nehmenden faschistischen Gefahr, die sofortige Organisation proletarischer Abwehrformationen vorzunehmen.

In Gleiwitz und Hindenburg sind Kontrollausschüsse gewählt worden.

Am Montag den 26. Februar sollte in Nürnberg Gen. Eberlein in einer öffentlichen Versammlung sprechen. Die bayerische Regierung hat diese Versammlung verboten mit der Begründung, daß sie den Gen. Eberlein grundsätzlich nicht sprechen lasse. Trotz dieser Diktatur trotz der Aufhebung der Rede- und Versammlungsfreiheit, sprechen die Sozialpatrioten immer noch von der freiesten Republik der Welt. Die Zwangsbesatzung mit Juden soll aufgehoben werden.

Die französischen Imperialisten gehen darauf aus, aus Rheinland, Westfalen und dem Ruhrgebiet einen neutralen Reichsstaat zu schaffen.

Am Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr wurde Königs- walter von den Franzosen besetzt. Am Sonntag vormittag der Bahnhof Lamsdorf, Direktionsbezirk Frankfurt a. M.

Auf dem Bahnhof Hengstler ist ein Geldtransport der Reichsbank in Höhe von 12 Milliarden mit den dazu gehörigen Scheckblättern von den Franzosen beschlagnahmt worden.

Am Sonntag fand in Berlin eine große Mieterversammlung statt, in welcher die Mieter beschlossen, am 1. März in den Mieterstreik zu treten.

Aus Memel erfährt die polnische Zeitung, daß die Litauer den Hauptkrieger des Memeler Dampfbades ausgewiesen haben, obwohl er seit 15 Jahren in Memel wohnt und Stadterwerbender ist.

Vom Tage.

Eine Solidarität — das Gott erbarm!

Als in voriger Woche auch das letzte der in Recklinghausen erscheinenden bürgerlichen Blätter, eine Zeitung, wegen Verleumdung verboten wurde, erklärte sich das dortige sozialdemokratische Organ, „Der Volksfreund“, unter der Redaktion des Sozialdemokraten Salzmann, mit den anderen Kriegsheldern aus dem Zentrum solidarisch und wollte sein Erscheinen freiwillig ein.

Solidarität ist eine schöne Tugend, wenn sie unter Klassen- und Bestimmungsgrenzen geübt wird. Dabei wollen wir aber doch aus der Vergangenheit ein gut bürgerliches Urteil über die burrapatriotischen Bestimmungsfreunde der Sozialdemokratie, die Zentrumspartei, unseren Arbeiterlesern, besonders denen der „Oberschleifischen Volksstimme“ und der „Schleifischen Volkszeitung“ zur Erbauung unterbreiten.

Die Erschaffung des Zentrums.

Der liebe Gott war einmal bitterböse.
Die Menschen hatten ihn so aufgeregt.
Denn sagte er: „Bevor ich euch erschaffe,
Wird euch zur Sühne jetzt was auferlegt.“
Daran sollt ihr in allen Lebensjahren
Mit eurem Sündenbuche täglich tragen!
Der liebe Gott nahm bei der Schöpfungskessel
Und setzte ihn dann auf das Fegfeuer
Und tat hinein die Saunde und die Kessel.
Und Klauen von dem Hämmergelenk,
Und von dem Krotodil die Kränze,
Darauf noch ein Gemisch von Zähnen
Des Tigers, Luchses, Fuchses, Leopardens
Und vieler anderer Raubtierarten!
Und weiter auch von Geisteskräften,
Nebst einem falschen Weiberzopf,
Dann ferner von des Wolfes Lüge
Nahm er ein paar der geübten Gräde
Und warf sie in den Sündenbuche.
Doch war von Schaf auch was dabei.
Die Dummheit und der Pelz, was man
Zur frommen Maske brauchen kann!
Nicht fertig war noch das Gemisch
Für unsern großen Schöpfungstisch,
Ein Monstrum wollte der Herr erschaffen,
So zwischen Teufel und dem Affen!
Denn nicht er immer, immer weiter,
Er nimmt aus Beulenpest den Eiter
Und von dem Hunde die Speichelzunge,
Von diesen Bonzen Fett und Lunge,
Und wirft dann einen Kieselstein
Als Herz in das Gemisch hinein!
Von tausend Kröten dann die Köpfe,
Die allerhöchsten Weichspinn,
Sucht er heraus und tuts hinzu
Und — hält sich seine Nase zu.
Wie lange wird es wohl noch dauern?
Selbst durch den Meister geht ein Schauern!
Doch endlich ist das Werk gelungen,
Wobei der Kessel fast gesprungen:
Aus Unrat und aus Fegfeuer
Entstand ein häßlich Ungeheuer,
Ein Scheusal wälzt sich aus dem Topf
Mit Lauerblick und Krötentopf,
Verdrehten Augen himmelwärts,
Im Riesenbauch ein kleinern Herz,
Mit Machiger und mit Väterinnen,
Wobei die Heuchlertränen rinnen,
Mit giftigem Maul und glatter Zunge,
Die Krallen immer wie zum Sprunge,
Ein Ungeheuer mit einem Wort,
Wie vorher feins an einem Ort!
So ist als Fluch in Deutschen Landen
Das Zentrum eines Tags entstanden.

Diese graufigen Besten stammen nicht etwa von einem verachteten Kommunisten, sondern, wie schon bemerkt, von der Bourgeoisie. Im Sommer 1911, als Zentrum und Liberale parlamentarisch Hand in Hand gingen, hat ein liberales Blatt, die bayrische „Münchenbürger Zeitung“, seinem Koalitionsgegner dieses lebenswürdige Gedicht gewidmet. Sie kannten ihre Papenheimer. Und es wird wohl niemand im Ernste behaupten wollen, daß die politische Moral dieser Partei der literarischen Stroh- und politischen Hochstapler des Zentrums, sich seitdem gebessert hätte. Mit dieser Partei sah die Sozialdemokratie in der verflochtenen Regierungscoalition zusammen und ging mit ihr durch dick und dünn und lechzt heute mit allen Fasern danach, wieder in Gnaden aufgenommen zu werden.

Nach diesem bürgerlichen Urteil über die mordspatriotischen Einheitsfrontfreunde der Sozialdemokratie sind die Herrschaften von der Moskale-Partei ganz besonders kompent, über die angebliche Unmoral der Kommunisten die Nase zu rümpfen.

Im übrigen haben wir dieser bürgerlichen Charakteristik der Zentrumspartei nichts hinzuzufügen, als eine Empfehlung an die sozialdemokratischen Arbeiter, ihren Führern diese Kennzeichnung ihrer Koalitionsgegner vor die Nase zu halten und zu denken an das alte Sprichwort: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich werde dir sagen, wer du bist.

Aus der Partei.

An unsere Ortsgruppen!

Wir berufen hiermit für Sonntag und Montag, den 3. und 4. März, den

6. Bezirksparteitag

nach Breslau ein.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage. Referent: Zentralvertreter.
2. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Genosse Emsola.
3. Bericht von der Reichsfrauentag. Referentin: Genossin Kupke.
4. Unsere organisatorischen Aufgaben. Referent: Genosse Delmer.
5. Ergänzungswahlen.
6. Gemeindegewahlen und Bericht von der kommunalen Beratungsstelle. Referent: Genosse Kigel.
7. Verschiedenes und Erledigung von Anträgen.

Der Parteitag beginnt am Sonntag, den 3. März, nach 4 Uhr, im Saale des „Schiefwerder“, Schiefwerderplatz 25, in Breslau. Die Delegierten werden jedoch gebeten, bereits am Freitag, den 2. März, zur Generalversammlung der **Proletarischen Gewerkschaft in Breslau** einzutreffen. Am Sonntagabend vormitig findet die **Besichtigung aller Einrichtungen und Abteilungen unserer Proletarischen Gewerkschaft** statt. Während am Sonntagabend im großen Schiefwerderaal die **Filme vom 4. Weltkongress in Moskau** vorgeführt werden.

Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den gewählten Delegierten der Ortsgruppen. Die Zahl der auf die einzelnen Ortsgruppen entfallenden Delegierten wird von der Bezirksleitung nach den für Januar abgerechneten Mitgliedsbeiträgen festgesetzt. Die Mandatsformulare gehen in dieser Anzahl den Ortsgruppen zu. Jeder Ortsgruppe mit mindestens 50 Mitgliedern steht ein Delegierter zu, auf je weitere 50 Mitglieder ein Delegierter mehr.

Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend Schlesiens.

Es geht vorwärts mit der kommunistischen Jugend Schlesiens! Das sah jeder, der die Arbeiten der Bezirkskonferenz verfolgen konnte, die am Sonnabend und Sonntag in Breslau stattfand. Der gute Besuch der Konferenz aus allen Teilen der Provinz ließ erkennen, daß die KJ in Schlesien sich gefestigt hat, daß die Ortsgruppen gut fundamentiert und ausgebaut sind. Noch deutlicher zeigten aber die Verhandlungen selbst, daß unsere Bewegung in Schlesien besser daheim steht. Die Debatten, an denen sich beinahe alle Delegierten beteiligten, verrieten eine gute Durchbildung unserer Mitgliedschaft. Wie die Jungen rangen und forschten über die wichtigsten Beschlüsse der Umstellung unserer Organisation, da zeigte sich: Mit diesem Ernst sind sie dabei, die KJ weiter auszubauen und zu einer wahrhaften Massenbewegung des Jungproletariats zu machen. Die vielen technischen Mängel der Konferenz, wie schlechter Tagungsraum und Mangel an Quartieren konnte den guten Eindruck der Konferenz nicht verwischen. Ueberrächtig und am Schluß der Tagung sogar mit hungrigem Magen nahmen die Delegierten regen Anteil an den Verhandlungen, ein Beweis, mit welcher Liebe und Aufopferung sie für ihre Bewegung eintreten.

1. Verhandlungstag.

Am Sonnabend abend wurde die Konferenz vom Gen. Gläser mit einer Begrüßung der Delegierten eröffnet. Gen. Kigel erhielt das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Bericht vom Reichsausschuß der KJ und die Beschlüsse des 3. Weltkongresses der KJ.

Unser letzter Reichsausschuß hatte besondere Bedeutung dadurch, daß er die erste Zusammenkunft von Vertretern aus allen Teilen des Reichs nach dem 3. Weltkongress sowie nach dem Parteitag der KPD war. Als Hauptaufgabe war ihm gestellt, die Durchführung der Beschlüsse des Weltkongresses in Deutschland zu prüfen und vorzubereiten und ferner die Stellung der KJ zu den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPD zu formulieren. Die Arbeit des Reichsausschusses wurde begonnen mit einem Referat des Gen. Brandler über den 4. Weltkongress der Kommunisten und den deutschen Parteitag. Die Diskussion auf dem Reichsausschuß zeigte, daß die sogenannte linke Opposition innerhalb der KPD, welche die Aktionskraft der Partei mindert, innerhalb der KPD völlig bedeutungslos ist. Wir können dies nur begrüßen und müssen als Jugend unseren Einfluss in der KPD geltend machen, die unfruchtbaren Diskussionen und Spintierereien durch erhöhte Aktivität zu ersetzen. Nach dem Gen. Brandler berichtete Gen. Schulz über den 3. Weltkongress der KJ. Er zeigte die Arbeit des Kongresses auf und wies besonders darauf hin, daß in der letzten Zeit in den einzelnen Verbänden und besonders in den deutschen die Mitgliedschaft sich im weitestlichen aus jüngeren Mitgliedern zusammensetzt. Der Kongress stellte fest, daß die KJ sich zu sehr von den Massen abgegrenzt hat. Das hat seine Ursache in der sozialen Zusammenfassung unserer Organisation. Wir müssen künftig Wert darauf legen, daß unsere Mitgliedschaft sich vor allem aus der Jugend der Großindustrie rekrutiert. Der Weltkongress zeigte auch die Fehler der Einheitsfronttaktik auf, aus denen wir Lehren ziehen müssen. Zum Schluß des ersten Tages sprach Gen. Edmayer über die Schulentlastungsfrage. Er hob ihre Bedeutung für uns jetzt vor allem hervor und versicherte, daß die Zentrale rechtzeitig Material herausgeben werde. Der zweite Tag des Reichsausschusses wurde eröffnet mit dem Referat des Gen. Kuhn über die Lehren der Betriebsrätebewegung und dem Aufbau der Betriebszellen. Ausführlich auf den Verlauf der Betriebsrätebewegung eingehend, schilderte Gen. Kuhn ihre Entwicklung zeigte die Fehler auf und legte dar, welche Lehren wir daraus ziehen müssen. Gestützt auf die Beschlüsse des 3. Weltkongresses wies Gen. Kuhn

durch die Notwendigkeit der Umstellung der KJ nach. Wir müssen das Hauptgewicht unserer Arbeit in die Betriebe verlegen. Gewiß werden sich Schwierigkeiten herausstellen. Doch die werden in der praktischen Durchführung überwunden werden. Die Diskussion über diesen Punkt war auf dem Reichsausschuß sehr lebhaft. Allein die Berliner Delegation sprach sich gegen die Umstellung der KJ aus. Zwar ist sie prinzipiell dafür, doch hält sie die praktische Durchführung für unmöglich. Der Reichsausschuß sagte ganz deutlich, daß solche Abweichungen wenig nützen, sondern daß es auf die praktische Angelegenheit der Arbeit ankommt. Dieser Diskussion folgte ein instruktives Referat des Gen. Schulz über antimilitaristische Propaganda und Kampf gegen den Faschismus, das ohne Diskussion entgegengenommen wurde. Der Redner ging besonders auf die nationalsozialistische Bewegung ein. Darauf berichtete Gen. Gläser über die Stellung zum Weltkongress. Es wurde beschlossen, die Kosten dadurch aufzubringen, daß die jüngeren Mitglieder 50 Mark und die älteren Mitglieder 400 Mark für den Weltkongress bezahlen sollen. Gen. Kigel schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, die Beschlüsse des Weltkongresses auf der Konferenz gründlich zu diskutieren und dann an die praktische Arbeit zu gehen.

Der kurzen Diskussion folgte das Referat des Gen. Gläser von der Zentrale über

Antimilitarismus und Kampf gegen den Faschismus.

Die Kämpfe der Arbeiterschaft in Deutschland war bis zum mitteldeutschen Märzauftand 1921 Angriffsfront. Danach wurde das Proletariat in die Defensive geschlagen. Die Bourgeoisie hat sich ihre bewaffneten Banden geschaffen, die sie zur Niederschlagung des Proletariats verwenden will. Durch die letzten politischen Ereignisse ist die nationalsozialistische Welle stärker geworden. Wir konnten diese Welle nicht besänftigen, sondern nur aufhalten. Unsere Aufgabe muß es jetzt sein, gemeinsam mit der KPD proletarische Abwehrformationen zu bilden. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir dabei den Arbeiterportorganisationen widmen, die wir gegen die Faschisten mobilisieren müssen. Die KJ plant vom 11. bis 18. März eine antimilitaristische Kampfwache durchzuführen. Das soll nicht heißen, daß wir nur in dieser Woche gegen Militarismus und Reaktion kämpfen. Dieser Kampf soll ein fortwährender sein. In der Kampfwoche aber sollen alle Kräfte restlos auf diesen Kampf eingestellt werden, um mit einer großzügigen Kampagne den dauernden Kampf zu eröffnen. Wir müssen auch der Propaganda in den Schulen mehr Aufmerksamkeit widmen, da viele zum Teil Hochburgen der Reaktion sind. Gen. Gläser schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Was wir im Kampf gegen die Reaktion jetzt bei den jugendlichen Arbeitern erreichen, das bleibt uns erspart an blutigen Opfern.“

Die Konferenz beschloß über das Referat folgende Resolution an:

Gegen Militarismus und Reaktion.

Der sich in Schlesien und besonders in Oberschlesien immer mehr ausbreitende Faschismus erfordert von der KJ Schlesiens allergrößte Aufmerksamkeit. Die Bezirkskonferenz erachtet es als ihre Pflicht, ernsthafte Abwehrmaßnahmen gegen die reaktionäre Gefahr zu treffen und fordert alle Ortsgruppen auf, gemeinsam mit der übrigen Jungarbeitschaft und dem erwachsenen Proletariat den geschlossenen Kampf gegen die konterrevolutionären faschistischen Banden der Großkapitalisten zu führen.

Die Konferenz beschloß ferner, die antimilitaristische Propaganda aufzunehmen und mit aller Kraft durchzuführen.

Darauf wurde die Konferenz am Sonntag vormittag vertagt. (Über die Verhandlungen des zweiten Tages werden wir morgen berichten.)

Wir bitten die Ortsgruppen, die Delegierten durch die Mitgliedsvereinsammlungen zu wählen. Wir legen jedoch Wert darauf, daß die Kreisleiter und Ortsgruppenvorsitzenden dabei mit gewährt werden, weil der Parteitag wichtige organisatorische Beschlüsse zu fassen hat, für deren Durchführung die Genannten verantwortlich sind. Die Delegationsstellen tragen die Ortsgruppen selbst, da dem Bezirk hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen. In finanzschwachen Ortsgruppen und Kreisen wollen die Kreisleiter unter den Mitgliedern eine Sammlung zur Deckung der Ausgaben für die Delegierten veranstalten, um auch ihnen den Besuch des Parteitages zu ermöglichen.

Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau werden von auswertigen Delegierten freiquartiert zur Verfügung stellen.

Anträge an den Bezirksparteitag sind bis zum 22. Februar an die Bezirksleitung einzureichen, damit dieselben veröffentlicht werden können.

Die Bezirksleitung KPD. Schlesiens.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Belegschaftsversammlung der Hedwigsbunnsgrube.

Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung war die Versammlung sehr stark besucht. Der Betriebsratsvorsitzende eröffnete dieselbe um 11. Uhr und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Das Ueberschichtenabkommen und Tariffragen; 2. Bericht von der Dreizehnerkommission; 3. Ruhrgebiet; 4. Abwehr- und Heiningrubehilfe; 5. Organisationskontrolle; 6. Erhöhung der Sterbehilfe.

Zu Punkt 1 erläuterte der Kollege Pietrzil das Ueberschichtenabkommen, indem er einiges aus dem Referat des örtlichen Gewerkschaftsführers Schoneke von der am 1. Februar in Jaborze tagenden Bezirkskonferenz heraufgriff. Der noch die Meinung vertritt, „nur die Arbeit kann uns retten“. Kollege Krusche streift ein kurzes Jagen die Lage im Ruhrgebiet und betonte, daß die Ruhrbergarbeiter nicht diese Begeisterung für den Streik zeigten, wie die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands berichtete, daß sie vielmehr gezwungen waren zu feiern weil die Angestellten in den Streik traten und somit die Arbeiterschaft nicht arbeiten konnte. Ein Kollege vom Waldhütten- und Heiningrubenverband ergänzte in kurzen Worten noch die Ausführungen des Kollegen Pietrzil; er wies auf die unkorrekte Handlungsweise (Schiebung) bei der Abstimmung über die Ueberschichten in der Bezirkskonferenz hin, wo alle Mittel angewendet wurden, um das Ueberschichtenabkommen zustande zu bringen, daß aber trotz alledem das Abkommen abgelehnt wurde. Die Gewerkschaftsbürokraten besitzen die Frechheit, die Ursachen auf den Kopf zu stellen, indem sie im sozialdemokratischen „Volksblatt“ behaupten, das Ueberschichtenabkommen sei mit 18 gegen 38 Stimmen angenommen worden. Kollege Pietrzil ließ abstimmen, ob die Belegschaft gewillt ist, die Ueberschichten zu verfahren oder nicht. Das Resultat war, daß mit allen Stimmen die Ueberschichten abgelehnt wurden. Hierauf folgte der Bericht über die Tariffragen, wobei der Kollege Nowak auf die „Erfolge“ hinwies, die in letzter Zeit unsere Gewerkschaftsvertreter in den Tariffragen erzielt haben, in Anbetracht dieser „Erfolge“ aber auch einige „Zustandnisse“ an die Arbeitgeber machen mußten. Ueber diese „Zustandnisse“ wurde scharf debattiert, und die Beleg-

schaft übte scharfe Kritik an dieser Gewerkschaftstaktik. Zu Punkt 2 gab Kollege Nowak den Bericht der Dreizehnerkommission über deren Ergebnisse. Kollege Krusche gersprüchte einzeln diese Ergebnisse und kam zu dem Schluß, daß uns die Tätigkeit dieser Dreizehnerkommission nicht viel helfen wird, indem er darauf hinwies, daß z. B. ein Führer der Faschisten an einer Sitzung mit dieser Kommission bei der Regierung teilnahm, in welcher aber von der Regierung die scharfsten Maßnahmen gegen die Faschisten gefordert wurden. Den Ausführungen wurde reichlich Beifall gesendet. Zu Punkt 3 referierte Koll. Janas. Redner kam auf die Opfer der Abwehr- und Heiningrube zu sprechen und hob hervor, daß auch wir uns der Hinterbliebenen annehmen müssen, daß wir nicht zurückstehen wollen, wenn sich die gesamte Arbeiterschaft, Oberschlesiens an der Sammelaktion für diese Witwen und Waisen beteiligt. Stürmische Zurufe unterbrachen diese Ausführungen, die dahin lauteten, daß das alles Opfer des Kapitals sind, und es die heiligste Pflicht der Kapitalisten wäre, sich jetzt der Hinterbliebenen im vollsten Maße anzunehmen. Es sprachen zwei Kollegen gegen die Unterstützung der Hinterbliebenen in diesem Sinne, daß es Sache der Kapitalisten ist, daß die Witwen und Waisen keine Not zu leiden brauchen, wenn der Kapitalismus ihre Ernährer verschlungen hat. Kollege Krusche sprach sich für die Unterstützung der Hinterbliebenen aus. Wenn die Ruhrgebietshilfe abgelehnt wurde, so hat die Belegschaft damit bewiesen, daß sie die Situation vom Arbeiterhandpunkt zu beurteilen weiß, anders ist es dagegen mit den Hinterbliebenen der Verunglückten. Es trat noch ein Kollege für die Unterstützung ein, aber nicht in dem Sinne, daß das Geld durch die Verwaltung vom Lohne abgezogen wird, es sollen Sammellisten vom Betriebsrat an die einzelnen Abteilungen ausgegeben werden und das gesammelte Geld durch den Betriebsrat den Hinterbliebenen zugeführt werden. Dieser Vorschlag fand ungeteilten Beifall und wurde ohne Widerspruch angenommen. Infolge der vorgeschrittenen Zeit wurden Punkt 4 und 5 der Tagesordnung auf die nächste Versammlung verlegt, da inzwischen ein Antrag gestellt wurde, für die nächste Woche eine Versammlung anzubereiten, zu welcher aber Gewerkschaftsführer erscheinen müssen, um sich vor der Belegschaft über ihre Tätigkeit zu rechtfertigen. Es war der allgemeine Wunsch der Belegschaft, daß der Bezirksleiter Franz vom Deutschen Bergarbeiterverband in der nächsten Versammlung erscheint und Rechenschaft gibt.

Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung des Zettlarbeiterverbandes Freiburg.

Zwei Kommunisten in den Vorstand gewählt. Zwei Kommunisten in den Vorstand gewählt. Er leitete die Vorgänge der letzten Versammlung und eruchte die Mitglieder, eine Erklärung abzugeben, ob der erste Vorsitzende, Kollege Wendrich, für sie gänzlich abgetan sei, oder ob jemand etwas dagegen einzuwenden habe, wenn man zur neuen Vorstandswahl schreiten würde. Die Versammlung erklärte, man solle zu Neuwahlen schreiten, denn Wendrich kommt für sie nicht mehr in Betracht. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Kollege Rodas (KPD), als zweiter Vorsitzender Kollege Richard Sassenbach (parteilos), als erster Kassierer Kollege Richard Sassenbach (parteilos), als zweiter Kassierer Kollege Franz (KPD) als erster Schriftführer Kollege Alfred Lindner (SPD), als zweiter Schriftführer Kollege Fritz Hoppe (partei-

